

2013-11-21

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus
gemeinsam mit dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 25.06.2013

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Haus Kühnau, Burgreinaer Str. 1,
06846 Dessau-Roßlau, OT Großkühnau

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schwierz, Andreas
Stabbert-Kühl, Sabine

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo

Fraktion der FDP

Bähr, Manfred

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, wurde durch die Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit beider Gremien (9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, 9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt) festgestellt.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, der Antrag gestellt, die unter Tagesordnungspunkt 9.6 nachgereichte Beschlussvorlage zur heutigen Sitzung zu beraten und abzustimmen. Einwände gegen diese Vorgehensweise wurden seitens des Gremiums nicht geäußert. Der Antrag wurde ohne Gegenstimme bestätigt.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden zu den ausgereichten Tagesordnungen nicht vorgebracht, so dass sie zur Abstimmung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnisse:

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** einstimmig bestätigt. **9 / 0 / 0**

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** einstimmig in der geänderten Form bestätigt. **9 / 0 / 0**

3. Öffentliche Informations- und Beschlussvorlagen

3.1 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Dessau-Roßlau (INSEK)

Vorlage: BV/160/2013/VI-61

Einführend in die Thematik umriss der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, den Werdegang dieses strategischen Papiers. Er betonte, dass nach 2 Jahren ein Konzept entstanden sei, welches alle Facetten der Stadtentwicklung unter dem Aspekt des demografischen Wandels beinhalte. Mit diesem Konzept kann die Stadt Dessau-Roßlau auf die sich verändernden Rahmenbedingungen reagieren. Vor allem muss sich die Stadt als Oberzentrum und Wirtschaftsstandort profilieren, touristische und kulturelle Angebote ausrichten, die soziale Daseinsvorsorge tragfähig aufstellen, die Innenstadt stärken sowie Quartiere und explizit die Ortschaften als zukunftsfähig ausrichten. An dieser Stelle richtete er seinen persönlichen Dank an sein Team, welches unmittelbar an der Erarbeitung beteiligt war. Des Weiteren dankte er dem Auftragnehmer, allen beteiligten Dezernaten und dem begleitenden Beirat für Stadtentwicklung.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, führte weiter aus, dass dem städtischen Leitbild, unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit, ein räumlicher Rahmen mit integrativem Charakter gegeben wurde. Zu den einzelnen Handlungsfeldern informierte anschließend **Herr Dr. Stahl, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, anhand einer Power Point Präsentation. Als Fazit fasste Herr Dr. Stahl die Steuerungswirkung des INSEK wie folgt zusammen:

- Räumliche Interpretation des Leitbildes Dessau-Roßlau
- Ressortübergreifendes Informations- und Strategie-Instrument
- Basis für stringente Fachplanungen
- Sicherung für Koordination von Aufgaben und Maßnahmen
- Grundlage für Monitoring/ Evaluierung
- Voraussetzung für die Bewilligung und nachhaltigen Einsatz von Fördermitteln

Abschließend betonte der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, dass in den vergangenen Jahren intensiv an der Erstellung strategischer Konzepte gearbeitet wurde und er führte hier beispielhaft das Leitbild, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, den Masterplan Innenstadt, den Masterplan Bauhausstadt, die Jugendhilfeplanung und die SWOT Analyse an. Zum INSEK selber stellte er fest, dass dies das Anspruchsvollste sei, was die Stadt aufweisen könne. Nach der stärkeren Fokussierung auf die Ortschaften, die man im Prozess vorgenommen habe, sei nun die Zusammenarbeit der Stadt und der Region zu verstärken.

Hinsichtlich beispielsweise der Infrastrukturanpassung sei die ortschaftsübergreifende Zusammenarbeit künftig wichtig. Aber, so **Herr Hantusch** weiter, sind Konzepte nur so gut, wie sie gelebt bzw. umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang appellierte er an die Vertreter der Politik, sich gemeinsam mit der Verwaltung aktiv an der Umsetzung zu beteiligen.

Nur gemeinsam könne es gelingen, die Stadt positiv nach vorn zu bringen. Aber es gelte auch, kritische Themen zu hinterfragen und sie gemeinsam einer Lösung zu zuführen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, in welchem Zeitraum das INSEK fortgeschrieben werden soll, antwortete **Herr Hantusch**, dass es volatil sei und er die Auffassung vertrete, dass eine Fortschreibung je nach Anpassungsbedarf nicht vor fünf Jahren vorzunehmen sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zur Einarbeitung der regionalen Projekte, verwies **Herr Dr. Stahl** auf das Kapitel 6.1 „Strategien“, beginnend auf der Seite 132.

Kritisch in Bezug auf den angemahnten Schulterschluss zwischen Verwaltung und Politik bemerkte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, dass beim Masterplan Bauhausstadt den Stadträten eine vierteljährliche Berichterstattung zugesichert wurden sei, aber in dieser Hinsicht nichts geschehen sei. Wie, so **Herr Busch** weiter, sei dies beim INSEK vorgesehen.

Herr Beigeordneter Hantusch, erläuterte, dass der angesprochene Prozess hinsichtlich der Strukturen und Abläufe zu hinterfragen sei. Innerhalb der Verwaltung liege die Verantwortung im Dezernat I. Der Bauhausbeauftragte werde durch das Kulturamt gestellt. Nachdem die Informationsveranstaltungen in den Ortschaften absolviert wurden, gehe nunmehr dieser Prozess weiter. Die „Triennale der Moderne“ als Teil dieses Projektes werde durch das Amt für Wirtschaftsförderung geführt. Man müsse in diesem Prozess Verantwortlichkeiten festlegen. Im Dezernat VI habe man hierzu Festlegungen getroffen und werde die Bearbeitung durch ein Projektmanagement weiter optimieren. Diese Aufgabe sei auch in den anderen Dezernaten umzusetzen.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, wertete das INSEK als ein unstrittiges wichtiges und richtiges Konzept, welches umfassend viele Bereiche der Stadtentwicklung berücksichtige. Als kritisch sehe er aber eine gewisse Starrheit, die dieses Papier aufweise. Deshalb stelle er im Namen der Fraktion, den **Änderungsantrag** in der Beschlussvorlage einen Punkt 4 mit folgender Formulierung aufzunehmen:

Das INSEK dient als prinzipielle Handlungsempfehlung, die im konkreten Einzelfall durch den Stadtrat flexibel angewandt werden kann.

Nachdem **Herr Beigeordneter Hantusch**, darauf verwies, dass man das Konzept nicht durch einen solchen Beschlusspunkt aufweichen und ihm die Entfaltung einer entsprechenden Bindungskraft beimessen sollte, gab **Frau Jahn**, den Hinweis, dass diese Änderung nach ihrer Auffassung bereits inhaltlich im Punkt 2 der Beschlussvorlage verankert sei. Des Weiteren betonte sie, dass die Maßnahmenlisten offen und erweiterbar seien und es innerhalb des Monitorings eine ständige Überprüfung und die Möglichkeit der Steuerung gebe.

Die Einzelmaßnahmen, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, die sich aus dem INSEK ableiten, seien inhaltlich, organisatorisch und finanziell zu untersetzen. Beispielsweise die Etablierung einer Stadtentwicklungsgesellschaft habe man mit weiteren Beschlussempfehlungen untersetzt und benötige nunmehr die weitere Unterstützung der Politik.

Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP, konstatierte, dass das vorliegende INSEK ein Papier sei, welches es in der Form seiner Vollständigkeit und Gründlichkeit in der Stadt noch nicht gegeben habe.

Aus diesem Grunde appellierte er an die Fraktion der CDU, keine zusätzlichen Felder aufzumachen und das INSEK als „unser zu beschließendes Bekenntnis“ und Basis der weiteren Arbeit und Beschlüsse anzusehen.

Dem stimmte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, in Gänze zu und argumentierte, dass dieser Antrag kontra produktiv sei. Künftige Prioritäten setze man durch die Haushaltsplanung, hierzu benötige man eine verbindliche Arbeitsgrundlage. Er vertrete die Auffassung, dass eine ständige Aufweichung von Beschlussvorlagen zu Irritationen führe. Das INSEK, so **Herr Schönemann**, spiegle das geschlossene Meinungsbild und die Entscheidungsfindung der Politik und der Verwaltung wieder und sei zielführend.

Herr Rumpf, Fraktion der CDU, bemerkte, es müsse eine Richtigstellung des Antrages der CDU geben. Denn im Grundsatz werde dem Papier zugestimmt und mit dem Änderungsantrag stelle man die Beschlussvorlage auf keinen Fall in Frage. Aber es gelte, die Rechte des Stadtrates zu stärken, um bei einer eventuellen Verselbstständigung der Verwaltung reagieren zu können.

Der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, gab dem Gesagten von Herrn Dr. Neubert seine volle Zustimmung und bezeichnete es als wenig zielführend, wenn so ein wichtiges Konzept für die Stadt auf eine Handlungsempfehlung herunter gestuft werden würde. Er vertrete die Auffassung, dass Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen, in jedem Falle im Stadtrat auf die Tagesordnung kommen. Im INSEK sehe er ein Papier, welches von sich aus eine gewisse Selbstbindung sowohl der Verwaltung als auch der Politik beinhalte. Denn nur durch ein gemeinsames Handeln von Verwaltung und Politik kann sich die Stadt auch unter schwierigsten Bedingungen positiv entwickeln. Abschließend richtete er die Bitte an die anwesenden Mitglieder, der vorliegenden Beschlussvorlage zu zustimmen.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, gab dem INSEK ebenfalls seine volle Zustimmung und bemerkte, dass es mit diesem Papier als Maske für die Stadtentwicklung möglich sei, den weiteren Prozess mit Lebendigkeit und konkreten Maßnahmen zu versehen und auszufüllen. Die Rahmensetzung durch das INSEK sei wichtig, erklärte Herr Hartmann und warb für die Zustimmung zur Beschlussempfehlung der Verwaltung.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, äußerte sich ebenfalls positiv zum INSEK und erachtete dieses Papier als sehr konkret. Für ihn stelle sich die Frage, ob die Stadtmarketinggesellschaft als strategisches Projekt im INSEK berücksichtigt wurde. Wenn nicht, stelle er den Antrag, dies mit in das INSEK aufzunehmen.

Herr Dr. Stahl verwies mit den Seiten 101 und 114 auf zwei Passagen des Konzepts, die die Gründung einer Stadtmarketinggesellschaft beinhalteten.

Durch **Herrn Glathe, Fraktion der CDU**, wurde der **Änderungsantrag zurück gezogen**.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnisse: **7 / 0 / 2**

Der Beschlussempfehlung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** zugestimmt.

Die Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** als Information **zur Kenntnis genommen**.

3.2 Sanierungsgebiet Dessau.Nord - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: BV/149/2013/VI-60

Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes, gab eingangs einführende Erläuterungen im Block zu den drei Beschlussvorlagen, die nachfolgend in der Sitzung behandelt wurden.

Er informierte, dass es sich hier um die üblichen Vorlagen handele, die die geplanten Maßnahmen des Haushaltsjahres in den drei Sanierungsgebieten beinhalteten. Die Maßnahmen- und Finanzierungspläne seien Beschlüsse über das „Ob“ der Maßnahmen, denn zur eigentlichen Umsetzung der einzelnen Vorhaben werden Maßnahmebeschlüsse in die Fachausschüsse eingebracht. Das Besondere in 2013 sei die umfangreiche Beschreibung der vielen Maßnahmen des Vorjahres vor dem Hintergrund der wenigen neuen Vorhaben aufgrund des Rückgangs der Städtebauförderung. Durch Mittel der Vorjahre und entsprechende Ausgleichsbeiträge schaffe man eine gewisse Kompensation des Mittelrückgangs. In diesem Zusammenhang verwies Herr Schmieder auf das Beiblatt, in dem die Finanzierung übersichtlich dargestellt sei. Als eine weitere Besonderheit benannte er die Tatsache, dass keine Haushaltsstellen mehr ausgewiesen seien, sondern Produktkonten mit Investitionsnummern.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu welchem Zeitpunkt die Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest fortgeführt werde, antwortete **Herr Schmieder** und informierte, dass die Verwaltung bewusst den Rahmenplan per Beschluss noch keiner Änderung zuführte, da die wesentliche Entscheidung zum Ausstellungszentrum noch ausstehe. Im Anschluss werde eine Wiederaufnahme der Planung erfolgen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnisse: 9 / 0 / 0

Der Beschlussempfehlung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** zugestimmt.

Die Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** als Information **zur Kenntnis genommen**.

3.3 Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: BV/150/2013/VI-60

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnisse: 9 / 0 / 0

Der Beschlussempfehlung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** zugestimmt.

Die Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** als Information **zur Kenntnis genommen**.

3.4 Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: BV/148/2013/VI-60

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnisse: 9 / 0 / 0

Der Beschlussempfehlung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** zugestimmt.

Die Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** als Information **zur Kenntnis genommen**.

4. Öffentliche Anfragen und Informationen

Öffentliche Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

6. Schließung der gemeinsamen Sitzung

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt um 18:15 Uhr geschlossen.

Fortsetzung der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus

7. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 30.04.2013

Zu dem Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 30.04.2013 wurden keine inhaltlichen Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht. **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, stellte die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 2 / 0 / 3

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

8. Bekanntgabe der Beschlüsse in der nichtöffentlichen Sitzung des Gremiums vom 29.05.2013

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, informierte über die folgenden Beschlussfassungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 29.05.2013

*Weiterführung des Modellprojektes „ego.-Piloten Netzwerke“ in Dessau-Roßlau unter Vorbehalt der Fördermittelbewilligung für Personalkosten in Höhe von 90 %
Vorlage: BV/094/2013/VI-80*

Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Vergabe einer Leistung

Fachkräftestrategie und Fachkräfteoffensive für die Wirtschaftsregion Anhalt-Bitterfeld I Dessau I Wittenberg

Vorlage: BV/136/2013/VI-80

Der Beschlussvorschlag wurde zur Kenntnis genommen.

9. Öffentliche Beschlussfassungen

9.1 Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Durchführung der Wochenmärkte in der Stadt Dessau-Roßlau ab 01.04.2014, u. a. Änderung der Gebührentarife 16.3 und 16.4 der Sondernutzungssatzung Vorlage: BV/159/2013/II-32

Einführend in die Thematik informierte **Frau Scharge, Leiterin der Abteilung Ordnung/ Gewerbe und Verkehr**, über den aktuellen Stand. Die Verwaltung wurde beauftragt, die derzeitigen Rahmenbedingungen für die Durchführung der Wochenmärkte durch Dritte zu prüfen und ggf. attraktiver zu gestalten. Hierbei sollten möglichst interessierte Bewerber für die Betreibung der Wochenmärkte einbezogen werden. Das der DMG unterbreitete Gesprächsangebot über evt. Änderungen bestimmter Rahmenbedingungen wurde nicht angenommen. In einer Beratung mit einem anderen potentiellen Interessenten wurde übereinstimmend festgestellt, dass der Einsatz der derzeit relativ geringen Händlerzahl auf den Wochenmärkten durch veränderte Zeiten besser organisiert werden könnte. Ebenso sollte man die Erweiterung des Sortiments zulassen sowie die Gebühren zur Nutzung der Flächen nicht zu hoch ansetzen.

Die Wochentage, an denen künftig die Märkte stattfinden werden, sind wie folgt geplant:

- Dienstag und Donnerstag in der Zerbster Straße in Dessau
- Mittwoch und Freitag in der Rudolf-Breitscheid-Str. in Roßlau
- Sonnabend in Ziebigk

Gemäß der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes ist die Stadt verpflichtet, ausschließlich für die vorher vereinbarten belegten Flächen auf den genannten Plätzen Sondernutzungsgebühren zu erheben. Des Weiteren verwies **Frau Scharge** auf die Neufassung der Rechtsverordnung für zusätzlich zulässige Waren auf den Wochenmärkten. Die IHK stimmte einer Änderung der bisher geltenden Rechtsordnung zwar nicht zu, gab aber Hinweise zu den zusätzlich aufzunehmenden Sortimenten, die in den Entwurf der Rechtsverordnung eingearbeitet wurden.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 0

Dem Beschlussvorschlag wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** zugestimmt.

9.2 Richtlinie zur Förderung von Träger öffentlich geförderter Beschäftigung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/068/2013/V

Es bestand weder Einführungs- noch Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 0

Dem Beschlussvorschlag wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** zugestimmt.

9.3 Maßnahmebeschluss - Ausstattung von Dessau-Roßlauer Schulen mit Hard- und Software
Vorlage: BV/109/2013/V-40

Es bestand weder Einführungs- noch Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 0

Dem Beschlussvorschlag wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** zugestimmt.

10. Öffentliche Anfragen und Informationen

10.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Frau Gebhardt, amtierende Amtsleiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing, informierte anhand einer Präsentation über den touristischen Bereich. Im Besonderen ging sie auf die Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen in der Stadt Dessau-Roßlau ein. Die ausgewiesenen Zahlen bekräftigten eindrucksvoll den stetigen Anstieg in dieser Branche. Statistisch ebenso belegt ist die Aussage, dass im Sommer die beste Auslastung zu verzeichnen sei. Dieser Fakt, so **Frau Gebhardt**, sei auch im Zusammenhang mit den Veranstaltungen zu sehen, die in dieser Zeit in der Stadt durchgeführt werden. Einen weiteren Schwerpunkt im Bereich des Tourismus sehe sie in der attraktiveren Gestaltung der Web –Seiten und im technischen Ermöglichen von Online-Buchungen. Des Weiteren informierte sie die Anwesenden über den 1. Tourismus-Stammtisch, der am 24.06.2013 mit über 30 Teilnehmern erfolgreich durchgeführt wurde.

Die Nachfrage von **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, ob es auch Aussagen zur Auslastung von Pensionen/ Ferienwohnungen gäbe, verneinte **Frau Gebhardt**, da eine Meldepflicht erst ab 9 Betten bestehe.

Ergänzend informierte **Frau Gebhardt**, dass während der Zeit des Hochwassers im Amt eine Unternehmer-Hotline eingerichtet wurde, die auch von den Unternehmen gut angenommen wurde und ein positives Feedback erfuhr.

Durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, wurde an die Verwaltung die Bitte herangetragen, den Stadträten zur Berichterstattung zum Masterplan Bauhausstadt im Vorfeld Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Durch **Frau Gebhardt** wurde ihm zugesichert, diese Bitte an das entsprechende Amt zur Erledigung weiterzuleiten.

Ein weiterer Arbeitsauftrag an die Verwaltung wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, geäußert. Er brachte zunächst sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass man den Inhaber der Pension „Am Luisium“ im Nachgang der Baugenehmigung mit Auflagen durch das Umweltamt (z. B. Anlegen von Gehölzen etc.) verpflichtete. **Herr Mau** möchte zu diesem Sachverhalt von der Verwaltung eine kurzfristige Rückinformation.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

13. Schließung der Sitzung

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus um 19:00 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 02.12.13

Hans-Joachim Mau
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und
Tourismus

i. A. L. Riehl
Schriftführerin